

Pressemitteilung

vom 11. Mai 2011

Für Glaubwürdigkeit und Transparenz in der DDR-Aufarbeitung

Erinnerung ist Versöhnung. Die Jahn-Behörde bietet mit der Einsicht in Stasi-Akten die Voraussetzung, um Klarheit zu schaffen. Der Streit um Roland Jahns auf Ausgleich bedachte Versetzungsversuche ehemaliger Stasi-Mitarbeiter berührt verdrängte Fragen. Diese Fragen hat der am Montag mit einer Berliner Platzeinweihung und einer Thüringer Erinnerungsstele geehrte Schriftsteller Jürgen Fuchs schon vor 15 Jahren deutlich gestellt: Wie sind die Stasi-Mitarbeiter eigentlich in die Aufklärungsbehörde hinein gekommen? Im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung nicht. Eine öffentliche Debatte über sie oder mit ihnen hat es damals nicht gegeben. Seit Anfang an gefährden sie die wichtige und verdienstvolle Arbeit der Unterlagen-Behörde. Nicht nur Opfer und ihre Verbände begegneten ihnen mit Misstrauen. Eigentlich wäre ihre Versetzung ein Schritt in ihrem eigenen Interesse. Denn der Vorwurf an sie, dass sie die Aufklärungsarbeit der Behörde nicht mit dem nötigen Engagement betreiben, ist noch der geringste. Wenn sie sich kritisch mit ihrer DDR-Zeit auseinandergesetzt hätten, würden sie von selbst eine Versetzung wünschen. Nicht nur einmal und nicht nur von Jürgen Fuchs wurde die Frage gestellt, ob sie wirklich - zum Beispiel bei der Recherche in den Stasi-Unterlagen - effektiv arbeiteten. Ihre Anwesenheit war und ist ein permanenter Anlass für Verschwörungstheorien.

Bereits die Diskussion über ihre Anwesenheit führt zur Gefahr der Retraumatisierung von ehemaligen Opfern.

Zusammenfassend stellt sich somit auch die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, die Geschichte des Entstehens der BStU zu erforschen und zu dokumentieren. Der Rechtsstaat braucht hier Glaubwürdigkeit und Transparenz. Und eine Aufarbeitung der Geschichte der DDR-Aufarbeitung nach 1990.

Lutz Rathenow

Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen